

Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Mittwoch, 14. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Annoncen-Annahme-Bureau
Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wölkelmstr. 16.)
bei C. F. Ulrich & Co.
Dresdener Str. 14.
Grafen bei Th. Spindler,
Gräß bei F. Strifand,
Breslau b. Emil Kobach.

Annoncen-Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. F. Daub & Co.,
Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidentenk.“

Nr. 183.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Am t l i c h e s.

Deutscher Reichstag. 8. Sitzung.

Berlin, 13. März. Am Gymnasium zu Frankfurt a. O. ist der Lehrer Dr. Richard Otto Franz Müthnick zum Oberlehrer ernannt worden.

Berlin, 13. März. Am Bundesrathstische Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Hofmann, General-Postdirektor Dr. Stephan und mehrere Bundeskommissare, später Staatsminister Bülow.
Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen. Von der Wahlprüfungskommission für gültig erklärt die Wahlen der Abgg. Dr. Harmer, Dr. von Baumgarten, Pfähler und Dr. Baumgarten.
Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand derselben ist die nachstehende Interpellation des Abgeordneten Dr. v. Komierowski:
Der Redakteur des „Kurier Bojanski“, Dr. Kantecki, befindet sich seit dem 27. November 1876 in Haft beim königlichen Kreisgefängnis zu Posen; die Inhaftirung erfolgte und dauert fort, weil Dr. Kantecki in Folge einer Requisition des kaiserlichen Oberpostdirektors v. Bromberg, zur zeugeneidlichen Vernehmung darüber aufgefordert, welcher Person ihm die Mittheilung über den Inhalt der vom Oberpostdirektor v. Bromberg in Nr. 213 des „Kurier Bojanski“ vom 19. September 1876 erwähnten, die Beschlagnahme von Briefen Eminenz des Kardinal Erzbischofs Grafen Ledochowski betreffenden Verfügung zugegangen ist, zwar bezeugt und beschworen hat, daß diese Nachricht nicht von einem Postbeamten zugegangen ist, sonst sich geweigert hat, die betreffende Person zu bezeichnen.
Der Unterzeichnete erlaubt sich den Herrn Reichskanzler zu fragen:

1. Ist der vorliegende Fall zur Kenntniz des Herrn Reichskanzlers gelangt?
2. Ist der Herr Reichskanzler geneigt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Inhaftirung des Dr. Kantecki zu treffen?
Nachdem der Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Hofmann, sich zur Beantwortung der Interpellation bereit erklärt hat, erhält das Wort zur Begründung derselben

Abg. Dr. v. Komierowski: Redner weist zunächst darauf hin, daß er bereits in der letzten Session des Abgeordnetenhauses die Interpellation eingebracht habe, erörtert dann nochmals den ganzen (bereits ausführlich mitgetheilten) Fall, vergleicht denselben mit dem vor etwa 15 Jahren so großes Aufsehen erregenden Fall Hagena, bespricht, daß die preussischen Gerichte überhaupt im Allgemeinen, unter den obwaltenden Umständen der Requisition Folge gegeben und beständig hervor, daß die Staatsregierung nach dieser Interpellation im Abgeordnetenhaus wissen mußte, daß dieselbe im Reichstage eingebracht werden würde und daß sie schon mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung, die sie durch ihr Verhalten herbeiführte, die Fein des Verhafteten nicht so verlängern durfte, (Bravo im Centrum.)

Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann: Der erste Theil der Interpellation enthält die Anfrage, ob der vorliegende Fall zur Kenntniz des Herrn Reichskanzlers gelangt sei? Ich habe darauf zu erwidern, daß der vorliegende Fall zur amtlichen Kenntniz des Herrn Reichskanzlers erst durch die Interpellation gelangt ist. (Oho! Lebhaftes Unruhe.) Die zweite Frage geht dahin, ob der Herr Reichskanzler geneigt sei, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Inhaftirung des Dr. Kantecki zu treffen? Hierauf habe ich zu antworten: so weit es sich um die Thätigkeit der Gerichte handelt, vermag ich mich selbst, daß der Herr Reichskanzler nicht in der Lage ist, den königlich preussischen Gerichten Weisungen zu ertheilen, weit aber das Verhalten der administrativen, also hier der Postämter in Betracht kommt, ist es nicht die Absicht des Herrn Reichskanzlers, dem pflichtmäßigen Ermessen der zuständigen Behörden hinsichtlich der Fragen vorzugreifen, was zur Aufrechterhaltung der Disziplin, also in einem schwer wiegenden öffentlichen Interesse vonnöthig sei. (Lebhaftes Unruhe.)

Hierauf beantragt Abg. Magdzinski die Besprechung der Interpellation und findet sein Antrag Unterstützung auf fast allen Seiten des Hauses.

Abg. Freiherr von Schorlemer = A ist will zunächst auf die Besprechung des Herrn Reichskanzleramts = Präsidenten, daß der Fall Kantecki erst jetzt durch die Interpellation zur Kenntniz des Herrn Reichskanzlers gekommen sei, erwidern, daß es ihm sehr auffallend sei, daß die Unterbeamten des Herrn Reichskanzlers in dieser Angelegenheit nicht informiert gewesen wären, um ihrerseits dem Herrn Reichskanzler Mittheilung machen zu können. Vollends unverständlich sei ihm aber diese amtliche Unkenntniz in Anbetracht des Umstandes, daß der Herr Reichskanzler auch preussischer Ministerpräsident sei und als solcher von der Interpellation im Abgeordnetenhaus unbedingt Kenntniz haben müßte. (Hört!) Unter diesen Umständen erlaube ich die Erklärung des Herrn Reichskanzleramtspräsidenten als unrichtig und unwahr bezeichnen. (Große Unruhe.) Was den zweiten Theil der Erklärung des Herrn Reichskanzleramts = Präsidenten betrifft, daß der Reichskanzler in die Thätigkeit der Gerichte nicht eingreifen könne, ebenso wenig wie in das Interesse der Disziplin der Postbehörde eingeschlagene Verfahren, so scheint es ihm, daß demnach dem Dr. Kantecki bei der jetzigen Gesetzgebung lebenslang in Haft behalten könne. Unsere Gerichte wären demnach Handhabe für bürocratische Maßregeln geworden, sie müßten ohne weiteres einer solchen Requisition Folge leisten. Es ist nun nach dem Stande der Redners Aufgabe der Postbehörde, den Schandfleck, der unter dem vorliegenden Fall unser ganzes Vaterland trifft, baldmöglichst zu beseitigen. (Sehr richtig! im Centrum.) Was den Fall selbst anbelangt, so wolle er nur an die Worte des Abgeordneten Dr. Wehner erinnern, die derselbe bei Gelegenheit der Verabreichung der Zeugnisse gegen den Zeugniszwang sprach. Man möge endlich darauf wirken, daß lotross de cachet in kürzester Zeit unmöglich würde. Dem Herrn Generalpostmeister, der sich so viel mit Ausmerzung der Fremdwörter beschäftigt, empfehle er dringend, auch die Ausmerzung des Wortes „Absolutismus“ sich angelegen sein zu lassen. (Bravo.)

Präsident v. Forckenbeck bemerkt, daß er das von dem Redner gebrauchte Wort „unwahr“ nur deshalb nicht gerügt habe, weil er annehme, daß dasselbe nicht subjektiv angewendet worden ist. Präsident des Reichskanzleramts Staatsminister Hofmann: Ich bitte mich zu entsinnen, nach den Worten des Herrn Reichskanzlers, daß der Vorwurf der Unwahrheit zurückzuweisen. Herr v.

Schorlemer könnte sich doch sehr wohl sagen, daß, wenn ich davon gesprochen habe, dem Reichskanzler sei der Fall nicht zur Kenntniz gelangt, ich von dem Reichskanzler in dieser seiner Eigenschaft, nicht von seiner Eigenschaft als preussischer Minister gesprochen habe. (Heiterkeit, lauter Widerspruch im Centrum.)

Wirklicher Geheimrath General-Postmeister Dr. Stephan. Ich erkenne zunächst gern an, daß der Herr Interpellant sich bei seinen Ausführungen der Objektivität und vollkommensten Rube befleißigt hat. Ich würde seinem Beispiele folgen, wenn er, wie es am Schlusse seiner Rede geschah, davon nicht abgewichen wäre. Am Schlusse seiner Rede hat er in einer Erregung gesprochen, die ihm verschiedene Blößen gegeben hat. (Auf nicht ohne Grund.) Ich leiste darauf Verzicht diese Blößen auszunutzen und dieser Erregtheit in derselben Weise zu dienen; denn ich achte dieses Pathos, weil es der Ausdruck einer erregten, von dem Standpunkte des Herrn Redners begreiflichen Stimmung ist. Die ganze Frage ist nur so ins Klare zu bringen, wenn wir uns der richtigen Stimmung bemächtigen, mit der man diesen Umstand ansehen und behandeln muß. Ich möchte nun die dringende Bitte an Sie richten, daß Sie aus der Erörterung des Falles Alles fern halten möchten, was sich irgendwie auf den Kulturkampf bezieht. Ferner möchte ich bitten, nicht anzunehmen, daß die von der Verwaltungsbehörde in pflichtgemäßem Interesse ergriffenen Maßregeln irgendwie der Auslösung kleinlichen Grolles gegen ein oppositionelles Zeitungsblatt sei, und daß es sich um einen Akt des Mißwillens gegen unsere polnischen Mitbürger handeln könnte, die in so vielen Schlachten unseres Vaterlandes unsere treuen und tapferen Mitkämpfer gewesen sind. (Bewegung.) Meine Herren, auch wenn der Dr. Kantecki nicht dem Centrum angehörte, auch wenn er nicht Redakteur eines oppositionellen Blattes, wenn er nicht Katholik und Pole wäre, so würde von den Gerichten ganz ebenso gegen ihn verfahren worden sein. Das möchte ich Ihnen, um die Debatte von Allem Ueberflüssigen rein zu halten, dringend ans Herz legen. Wo liegt nun der nackte Thatbestand? Ein Beamter des Oberpostbezirks Bromberg hat die Pflichten seines Amtes in schwerer Weise verletzt, im wahren Sinne des Wortes einen Verrath an seiner Verwaltung begangen (Murren), ja sogar einen Eidbruch, denn der betreffende Beamte habe in seinem Dienst geschworen, die Pflichten des ihm übertragenen Amtes nach Pflicht und Gewissen zu erfüllen. Das habe er nicht gethan. Er habe die Verfügung, von der ihm wohl bekannt sein mußte, daß ein Werth auf ihre Geheimhaltung zu legen war, gerade in das feindliche Lager hinübergespielt. (Unruhe.) Redner macht darauf aufmerksam, daß auch die Justizpflege in diesem Falle vernichtet werde, weil mit der Veröffentlichung in der Zeitung die Maßregel der Staatsanwaltschaft ihre Wirkung verliere, er müsse dahingestellt sein lassen, wie weit bei all diesen Handlungen ein Bewußtsein, oder wie die Juristen es noch immer nennen, der dolus, bei dem Betreffenden obgewaltet habe. Möglicherweise könne es ja inwieweit Reichsfeindschaft gewesen sein, und diese könne als Milderungsgrund angesehen werden. Der Oberpostdirektor in Bromberg erkläre, nach Lage der Sache und im Interesse des öffentlichen Dienstes jetzt nicht von dem Verfahren gegen den Dr. Kantecki Abstand nehmen zu können; der Rechtsbeistand der Oberpostdirektion theile diese Ansicht. Er (Redner) stehe der Angelegenheit, die er nicht hervorgerufen habe, objektiv gegenüber (Oho! im Centrum), er könne das Verhalten des Oberpostdirektors gleichfalls nicht mißbilligen. Nächst der Armee und Marine sei die Disziplin im Bereich der Verkehrsverwaltung am nöthigsten. Post- und Telegraphenverwaltung hätten ein Personal von 60,000 Menschen. Wenn sich nun die Meinung festsetze, daß man jeden Augenblick ungestrast die Dienstpflicht schwer verletzen könne, und daß es hinterher nur auf den Grad der Verstoßtheit ankomme, um straflos zu bleiben, so seien die Folgen unabsehbar. Er (Redner) möchte dann nicht für die Zukunft verantwortlich sein. Wie wollen Sie, daß ich die Gesetze schütze, wie wollen Sie, daß ich das Briefgeheimnis, an dessen Heiligkeit alle Interessen geknüpft sind, schütze? (Heiterkeit im Centrum.) Meine Herren, leugnen Sie es nicht, es ist eine sehr ernste Sache. (Sehr richtig!) Wie soll ich das Briefgeheimnis aufrecht erhalten, an dem die Interessen Aller, die Sie hier versammelt sind, an dem die Pünktlichkeit, Treue und Gewissenhaftigkeit der Verkehrsanstalten am allerbesten theilhaftig ist. Ich möchte den Zustand nicht erleben, der eintreten würde, wenn jede Verletzung des Amtsgeheimnisses hier ihren Schutz und Rückhalt finden sollte. Es ist ja möglich, daß ein anderer General-Postmeister — denn ich hänge nicht an meinem Amte und meiner Person kann vielleicht nichts Angenehmeres widerfahren, als von diesem schweren Posten entbunden zu werden — ich sage, es ist möglich, daß ein anderer Generalpostmeister eine andere Ansicht habe, dann gehört er aber zu den unerfahrenen Leuten oder Se. Maj. hat gerührt, denselben aus der Reihe der Interpellanten zu wählen. (Oho! im Centrum.) Ich habe diese Ansicht nicht. Neue Thatfachen sind, seit dem eingeleiteten Verfahren und seit der letzten Verhandlung im preussischen Abgeordnetenhaus, nicht eingetreten. Wir wenigstens, sind ungedacht aller darauf verwandten Mühe neue Thatfachen nicht bekannt geworden. Der Herr v. Komierowski hat auch erwähnt, daß der Inhaftirte geschworen habe, die Mittheilung sei nicht durch einen Postbeamten an ihn gelangt. Ja, meine Herren, ich würde sehr bedauern, wenn Sie mich für so beschränkt hielten, daß ich dem Ende in dieser verneinenden Form, wie er geleistet ist, für die Sache hier irgend welchen Werth beimessen könnte. (Oho! Oho!) Erlauben Sie, meine Herren, denn ich will mich zunächst des logischen Einwandes bedienen, daß Herr Dr. Kantecki die Mittheilung nicht von einem Postbeamten, sondern von einem Telegraphenbeamten etwa haben könnte. Wie gesagt, ich will mich dieses Einwandes nicht bedienen. Weiter, was hat er geschworen? Er sagt: ich habe die Mittheilung nicht von einem Postbeamten. Also von einer Mittelsperson oder einem Zweiten, mehr aber nicht; denn das ist nach den Daten, die ich gleich mittheilen werde, nicht möglich. Er muß sie von einem Postbeamten bekommen haben, ein Zufall hierbei ist nach den genauesten Untersuchungen absolut ausgeschlossen. Auf einen Postbeamten muß die Sache sich unter allen Umständen zurückführen lassen und jede Beweisführung, die von anderen Thatfachen ausgeht, ist von vorn herein vollständig verfehlt. Der Herr Abgeordnete Dr. von Komierowski hat erwähnt, daß in der Sitzung des Reichstags — ich kann mich auf die Nummer der Sitzung nicht besinnen, die Sache zuletzt zur Anregung kam. Herr Abg. Liebknecht hatte erwähnt, es sei die Veröffentlichung des Zirkulars der Oberpostdirektion zuerst in dem Blatte „Vorwärts“, das in Leipzig erscheinen soll, geschehen. Diese Ausführung, meine Herren, ist nicht richtig, ich glaube, der Herr Abg. Liebknecht hat sich dabei im Irrthum befunden. Nach den amtlichen Berichten liegt die Sache folgendermaßen: Am 17. Sept. Mittags ist die betreffende Zirkularverfügung von Bromberg zur Abendung gelangt; sie hat frühestens am 17. September Abends, bzw. am 18. September Mittags bei der betreffenden Postanstalt eingegangen sein können. Gleichwohl ist ihr Inhalt bereits in Nr. 213 des „Kurier Bojanski“ vom 19. September — mit telegraphischer Schnelligkeit —

abgedruckt worden. Die Erklärung des Herrn Abg. Liebknecht in der 31. Sitzung des Reichstags vom 15. Dezember, daß der Inhalt der diesseitigen Verfügung zuerst in dem von ihm redigirten Blatte „Vorwärts“ veröffentlicht worden sei, auf welche Erklärung Herr Abg. Dr. v. Komierowski bei Begründung seiner Interpellation vom 20. Februar Bezug genommen hatte, erscheint also nicht zutreffend, da die Mittheilung der bezüglichen Verfügung auf gewöhnlichem Wege vor dem 19. September in Leipzig gar nicht eingetroffen sein konnte. Was nun diesen Eid betrifft, so möchte ich mit Erlaubniz des Herrn Präsidenten ein Paar Zeilen aus der letzten Entscheidung des königl. Ober-Tribunals vom 28. Februar vorlesen. (Entscheid.) Das Ober-Tribunal führt darin aus, daß die negative Form des Eides für die Sache ganz unerheblich sei. Nun, meine Herren, wenn die Verneinung auf ganz gleichem Wege — dura lex, sed lex — in der Verfolgung wohlberechtigter Interessen der allerwichtigsten Art ihr Ziel zu erreichen bestrebt ist, wenn ferner der Eid, den Herr Kantecki geleistet hat, nicht genügen kann, dann bleibt uns von allen Angriffen übrig, daß man sagt, es ist ein hartes, oder, wie man im Abgeordnetenhaus sich auszudrücken beliebt, eine Barbarei, ein an die Tortur des Mittelalters erinnerndes Verfahren. (Sehr wahr! im Centrum.) Sehr wahr, sagen Sie, meine Herren, wen aber trifft die Schuld hierbei? Die Verwaltung, die gewissenhaft ihre Rechte und Pflichten wahrnimmt, oder den Beamten, der zu dem Amtsergeben das noch viel schlimmere Vergehen fügt, daß er sich nicht freiwillig meldet (Sehr richtig!), daß er nicht den Muth hat, zu sagen, ich nehme die Verantwortung auf mich? Das verstoßt gegen das höchste Sittengesetz. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Er läßt einen Schuldlosen leiden. (Sehr richtig!) Wenn er so auftreten würde, so würde dies sein Vergehen mildern. Die Schuld kommt lediglich auf sein Haupt, er mag mit Gott und seinem Gewissen, das sicher nicht gerührt hat, sich abfinden. Ich komme zum Schlusse. Im Abgeordnetenhaus sprach man von einer Chikane, ich hoffe, Sie überzeugen zu haben, daß davon nicht die Rede sein kann. Es handelt sich lediglich um die Erfüllung einer schmerzlichen Pflicht, deren Erfüllung eher Anerkennung als Tadel verdient. (Oho! im Centrum.) Darin wird die Verwaltung sich nicht beirren lassen. Es entspricht das den Ueberlieferungen, welche den Ruhm deutscher Verwaltung, deutscher Beamtenerebe begründet haben, und in deren Geiste ich nur mit den Worten schließen kann: Ich kann nicht anders! (Lebhaftes Bravo! Rechts im Centrum.)

Abg. Wehrenpennig: Wenn der Herr Vorredner eine gewisse leidenschaftliche Erregung in diesem Hause moirte, so darf ich ihn wohl auf die Erklärung des Herrn Präsidenten Hofmann hinweisen. Auch ich meine, bei Fragen, welchen eine solche prinzipielle Bedeutung anhängt, welche nicht gleichgültig sind allen politischen Kreisen in und außer diesem Hause, wäre es nicht unangemessen, wenn der preussische Ministerpräsident dem Reichskanzler und dem Minister, der vorhin gesprochen und der sich in einem im preussischen Ministerrathes bei dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts (Sehr gut!) dem und dann amtlich Mittheilung machen wollte. Ferner muß ich gestehen, trotz des großen jüdischen Pathos, mit dem der Herr General-Postmeister gesprochen, daß ich keinem auch noch so hoch gestellten Beamten das Recht eräumen kann, der Mehrheit dieses Hauses zu insinuieren, als ob sie geneigt sei, jede Verletzung des Amtsgeheimnisses zu vertheidigen. Wir sind allerdings von jeder Maßregel weit entfernt, die dazu dienen könnte, den Drang des Beamtenstandes aufzulösen. Aber ich frage Sie, sollen wir denn jeden Maßstab verlieren? (Lebhaftes Bravo!) Nach den letzten Worten des General-Postmeisters könnte es ja kommen, daß, wenn nicht die neuen Justizgesetze dazwischen kämen, Dr. Kantecki bis zu seinem Greisenalter sitzen würde (Sehr gut!), und noch dazu in einem Falle, von dem der General-Postmeister einmal selbst sagte, es handle sich hier vielleicht nur um eine leichtsinnige Ueberlieferung. In der That liegt hier ein Vergehen vor, welches gar kein Objekt des Strafgesetzbuches ist. (Sehr wahr!) — Denn Postbeamten sind doch keine Diplomaten! — (Sehr gut!) sondern nur ein Objekt der Disziplinaruntersuchung. So unklar ist jedoch der Fall, daß man auch nicht einmal weiß, gegen wen man eigentlich diese Disziplinaruntersuchung einleiten soll. (Sehr gut!) Und es ist nicht genug, daß der Redakteur bereits im vierten Monat in Haft ist! — Sie haben sich (gegen den Herrn Generalpostmeister sich wendend) durch ihre heutige Erklärung derartig engagirt, daß Sie, ohne sich selbst zu widersprechen, den Inhaftirten bis zum 1. Oktober 1879 sitzen lassen müssen. Denn jener wird, wenn er ein Mann von auch nur einigermaßen ehrenhafter Gesinnung ist, nunmehr gewiß keine Auslagen machen. Gerade diesem Fall gegenüber können wir uns aber darüber freuen, die Reichsjustizgesetze zu Stande gebracht zu haben, nach deren Inkrafttreten eine solche generelle Ausübung des Zeugniszwanges, wie sie hier vorliegt, nicht mehr möglich ist. Dann braucht der Richter nicht mehr unbedingt der Requisition einer Verwaltungsbehörde Folge zu leisten, sondern seinem Ermessen allein ist es anheimgegeben, ob eine Vernehmung der Zeugen der Lage der Dinge im konkreten Falle entspricht oder nicht. Allerdings hat aber die Erklärung des Herrn Reichskanzleramts-Präsidenten dem Herrn General-Postmeister offen gelassen, nach einer besseren Erwägung der Sache, zu sich zu sagen: Diese Sache bringt uns nur öffentlichen Skandal ein, es ist ein politischer Fehler, nicht nachzugeben. Nach der Erklärung des Reichskanzleramts ist er also recht wohl in der Lage, eine solche Verfügung erlassen zu können. Ich aber möchte an den Herrn General-Postmeister als an den deutschen Beamten die Frage richten, ob es recht sei, das formelle Recht, das nach unserer alten Gesetzgebung heute noch geübt werden kann, bis zum Aeußersten auszuheben (Sehr gut), oder ob es nicht vielmehr seine politische Pflicht sei, heute schon so zu handeln, wie er vom 1. Oktober 1879 ab handeln muß? Kann er sich dazu aber nicht entschließen, so muß man beimache annehmen, daß das so gemäigte Maß von Fortschritt, das mit den neuen Gesetzen errungen ist, gegen seine Neigung und seinen besseren Willen für Deutschland gewonnen ist. (Allseitiges lebhaftes Bravo!)

Abg. Dr. Hänel schließt sich den Aeußerungen des Vorredners auf's Engste an, und empfiehlt dem Herrn General-Postmeister, der übrigens nicht nur mit stilllichem, sondern der selbst mit leidenschaftlichem Pathos gesprochen habe, zu einer objektiven Erwägung des vorliegenden Rechtsfalls überzugehen und Miße walten zu lassen.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck ist in das Haus eingetreten.

Abg. Liebknecht will zunächst zur Sache erörtern, daß seine in voriger Session abgegebene Erklärung, er habe den betreffenden Fall zuerst im „Vorwärts“ mitgetheilt, nach ihm von ultramontaner Seite zugegangener Mittheilung dahin zu berichtigen sei, daß der in Rede stehende Fall zuerst durch den „Kurier Bojanski“ in die Öffentlichkeit gelangte. Wenn Dr. Kantecki erklärt habe, die Mittheilung nicht von einem Postbeamten erhalten zu haben, so müsse er seinerseits bestätigen, daß gerade ein Postbeamter der Redaktion des „Vorwärts“ das betreffende Aftenstück zugesandt habe. Er habe sich allerdings nicht genannt, sondern sich nur bezeichnet als „Postbeamter“ mit dem Zu-

Tage: kein Freund des Herrn Stephan. Wenn nun der Herr General-Postmeister durch solche Maßregeln, wie die vorliegende, alle die Postbeamten auffuchen wollte, die ihm nicht freundlich gesinnt sind, so würde er ein sehr weites Feld für seine Thätigkeit haben. Er, Redner, habe seinerzeit den Brief mit der betreffenden Mittheilung sofort vernichtet, wie das überhaupt Pflicht einer jeden anständigen Redaktionsleiter. Der Herr General-Postmeister habe gebeten, in diese Angelegenheit nicht den Kulturkampf zu verflechten, und doch wäre dieselbe gerade eine der schönsten Blüten des Kulturkampfes und der Herr General-Postmeister sei auch selbst sofort in den Kulturkampf verfallen und habe sich hier als Kämpfer comme il faut gezeigt. Wenn der Herr General-Postmeister ferner auf die unterminirenden Elemente hingewiesen habe, wohl nicht ohne Tendenz gegen die Sozialdemokraten, so räume er allerdings ein, daß solche Elemente vorhanden seien, aber es frage sich nur, wo sie zu suchen wäre, ob da, wo man auf unhaltbare Zustände hinweise, oder da, wo man solche schaffen. Was das Hervorheben seiner Pflicht seitens des Herrn Stephan anbetreffe, so wolle er (Redner) hier nur bemerken, daß auch die grimmigsten und verabscheuungswürthelichen Inquisitionsrichter nur ihrem Pflichtgefühl folgten. Man mußte dem Dr. Kantecki, indem man ihn zwingen wollte, seinen Gewährsmann zu nennen, eine Ehrlosigkeit zu, und er habe gar keinen parlamentarischen Ausdruck dafür, daß dies von Seiten der Behörde geschehe. Es sei die Pflicht des Herrn Reichskanzlers, hier die Initiative zu ergreifen, um den betäubenden Zuständen, die sich in dem vorliegenden Falle wiederholen, ein Ende zu machen. (Bravo!) Abg. S t a u d y tritt für die von der Behörde getroffenen Maßregeln ein. Es sei zu bebauern, daß die Debatten von vornherein die Hauptpunkte aus den Augen verloren haben; man habe nicht beachtet, daß es sich bei der Haft des Dr. Kantecki darum handle, einen Beamten zur Befragung zu ziehen, welcher seiner Amtspflicht untreu geworden sei. Wenn das Haus diesen Umstand beachten wolle, dann werde es minder scharf das Vorgehen der Behörden verurtheilen, denn es sei nicht anzunehmen, daß der deutsche Reichstag einen seiner Pflicht untreuen Beamten vor Befragung schützen wolle. Redner konstatiert, daß nicht alle Mitglieder des Reichstages bereit sind, das Vorgehen der Regierung in dieser Beziehung zu tadeln, und es zu missbilligen, wenn Mittel ergriffen werden, um pflichtvergessene Beamte zur Strafe zu ziehen. Von dem Grafen Ledochowski war an einen gesetzestreuen Geistlichen der Provinz Posen der Befehl ergangen, seine Unterwerfung unter die Majestätsurkunde zurückzuziehen. Dieser Befehl kam der Regierung zur Kenntnis, und um weiteren Ungeheuerlichkeiten des Grafen Ledochowski vorzubeugen, erfolgte das Vorgehen der Generalstaatsanwaltschaft, und auf deren Requisition hin das der Postverwaltung. Wenn nun ein Beamter pflichtvergessen genug ist, derartige Amtsgebote zurückzuziehen, so ist es auf das Strengste verfahren, um einen solchen Beamten zu ermitteln. Ich akzeptiere sehr gern die milden Bestimmungen der neuen Justizgesetze in dieser Beziehung, aber das Vorgehen der Regierung ist der Disziplin wegen absolut notwendig, und wenn irgend ein Redakteur dasselbe verdient, so ist es der Dr. Kantecki; er hätte von vornherein das Strafschicksal seines Verfahrens kennen müssen. Zum Schluß bittet Redner, die Frage nicht mit Frivolität zu behandeln, sondern mit dem Ernst, den sie verdient; es sei gefährlich, an allen Prinzipien zu rütteln, die wenn sie wanken, zermalmend auf das Staatsleben herabstürzen können. (Bravo! rechts.)

Auf eine Bemerkung des Präsidenten erwidert Redner, daß er mit dem Ausdruck Frivolität Niemanden aus dem Hause habe treffen wollen. Auf Antrag des Abg. Valentin wird der Schluß der Diskussion vom Hause genehmigt.

Hierauf tritt das Haus in den zweiten Gegenstand der Tagesordnung ein: Zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Etatsjahr 1877/78.

Abg. Dr. H a n e l knüpft an eine Bemerkung des Reichskanzlers bei der letzten Generaldebatte an, dies könne fast erscheinen als eine persönliche Auseinandersetzung, allein es sei mehr. Redner erinnert an die scharfe Miße, die er bei Beginn der Beratungen dem Reichskanzler deshalb ertheilt habe, daß er den deutschen Reichstag 10 Tage zu früh einberufen habe, er habe dies damals gethan, ohne die Gründe dieser Verögerung zu erläutern. Den Grund, den ihm der Reichskanzler zumponirt, den Grund einer Arbeitsscheu, habe er gar nicht berührt. Erst der Reichskanzler habe nun die Gründe der Verögerung geschildert. Nur um die Verschwiegenheiten der einzelnen Ressorts im Bundesrathe auszugleichen, nur um die Berathung im Bundesrathe zu Ende zu führen, deshalb sei der Reichstag früher berufen worden. Wenn der Reichskanzler den hohen Reichstag als Pressionsmittel für seine Geheimräthe gebrauche, dann frage er, ob irgend ein anderer Mann, als ein Mann von enormen Verdiensten des Reichskanzlers, eine solche Sprache zu führen wagen möchte? Er würde seine Rede kaum ohne Murren beenden können. Die Erklärungen, welche der Reichskanzler wiederholt über die Reichsministerien abgegeben habe, befänden sich in einem eklatanten Widerspruch. Wenn die Verfassung uns einen normalen Anhalt gäbe, so müße es zunächst unsere dringendste Aufgabe sein, organisch festzustellen, ob diese Auseinandersetzung in Reichs- und Landesministerien möglich sei. Der Reichskanzler habe nun gewiß zu kämpfen und er (Redner) erkenne ja diese Schwierigkeiten an, aber er glaube, wenn der Reichskanzler diese Schwierigkeiten in den Vordergrund stelle, so sei das eine optische Täuschung in Bezug auf die Bedeutung seiner Person im Sinne einer Schätzung seiner Person für die gesammte Organisation unseres Reiches, wie es bestche. Der Hauptmangel, welchen der Reichskanzler bei Gelegenheit der Generaldebatte erhoben habe, bestand darin, daß der Umfang der exekutiven Gewalt nicht umfassend genug sei, um damit neue Aemter freieren zu können; er habe sehr glücklich das Reichseisenbahnnetz herausgegriffen. Hier habe man in der That geglaubt, daß man mit dieser Einsetzung zunächst die Lücke überbrücken könnte, die uns von dem Reichsministerium trenne. Aber es gebe noch genug Stoff für die Einrichtung von Reichsministerien. Das gelte insbesondere von der Verwaltung des Krieges, der Marine, des Post- und Telegraphenwesens. Es sei klar, daß ein Theil der Verwaltung des Reichskanzlers nicht gedeckt sei durch seine Verantwortlichkeit. Das sei ein Verlust des größten Reiches, ein Verlust in der Kontrolle des Reichstages. (Sehr richtig, links.) Dadurch werde der bürokratische Eigensinn der einzelnen Ressorts noch gesteigert. Wenn einst eine so mächtige Persönlichkeit nicht an der Spitze unseres Reiches steht, was geschieht dann? Dann komme es zu einer Auseinandersetzung der einzelnen Spezialressorts, die den Bundesrath in die Luft sprengen können. Redner geht nun näher auf die Frage des Verhältnisses der Reichsminister zu den einzelnen Landesministern über und findet, daß eine Verständigung zwischen beiden schon in gewissem Grade in der Reichsverfassung angedeutet sei. Er müsse daran erinnern, daß der Reichskanzler notwendig preussischer Bevollmächtigter im Bundesrathe sei. Ein organisatorischer Zusammenhang müße hier gefunden werden, und die ganze Frage der Reichsministerien sei keineswegs als eine Nachfrage zu bezeichnen. Redner ist nun schließlich noch der Ansicht, daß diese Worte auf den Reichskanzler weniger Eindruck machen werden, als wenn sie von einer Majoritätspartei ausgegangen wären. (Bravo links.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich muß mir zunächst erlauben, eine Auffassung des Vorredners zu berichtigen und ich habe die Ueberzeugung, daß diese Berichtigung ihm selbst nicht unangenehm ein wird. Er sprach die Befürchtung aus, daß, was von ihm ausgehen würde, auf mich weniger Eindruck machen würde, als ob es von anderer Seite käme. Ich kann ihm das Gegenbeispiel versichern. Ich habe mich aufrichtig gefreut über seinen Urtheil nach vielen Richtungen hin beizutreten, wenn auch nicht immer überzeugenden Vortrag. Wenn ich sodann auf die einzelnen Punkte seiner Äußerungen eingehen soll, muß ich zunächst diejenigen in Rücksicht bringen, die dem an sich so interessanten Gegenstande nicht so lange Zeit in so ausgedehnter Weise zuzuwenden pflegen. In dem Anfrage der Rede des Herrn Vorredners steht eine so feine Discretion, wie sie sonst von dem Boden seiner Fraktion aus nicht

immer gegen mich zur Anwendung gebracht wird. (Heiterkeit.) Seinen Äußerungen gegenüber, in denen er nachzuweisen versucht, daß ich den Reichstag lediglich als ein Pressionsmittel auf die Thätigkeit der Beamten hätte benutzen wollen, muß ich denn doch entgegen, daß bei der letzten Diskussion die Motive noch nicht erschöpft worden sind. Auch habe ich die frühere Einberufung des Reichstages gar nicht als Motiv angegeben, sondern habe nur die Thatsache angeführt, daß es die Folge zu sein pflege, daß der Etat nicht zur bestimmten Zeit fertig werde, wenn nicht für die Eröffnung des Reichstages ein fester Termin angesetzt werde. Wenn indessen der Herr Vorredner ein Motiv fordert, was mich bei der Berufung des hohen Reichstages beherrscht hat, so war es dasjenige, daß ich es nicht schicklich fand, einer Versammlung, die einen Etat für ein ganzes Jahr berathen soll, dazu nicht einmal vier Wochen Zeit zu lassen, sondern diese erst am 3. März einberufen, damit sie in 14 Tagen mit einem Jahres-Bu get fertig werde. Es können also noch viele Gründe für oder gegen die logische Richtigkeit dieser Budgetberathung vorgebracht werden, jedenfalls aber bitte ich nicht zu glauben, daß ein Mangel an Rücksicht gegen den hohen Reichstag uns geleitet hätte. Die Regierung hat den Reichstag auch zu nöthig, um die großen Schwierigkeiten, die in den vorliegenden Sachen selbst liegen, mit Wohlbedacht zu vermehren. Doch diesen Punkt möchte ich somit für erledigt erklären. Dr. Hänel hat mir sodann vorgehalten, ich hätte in meinen Äußerungen über die Reichsministerien mehrmals gewechselt. Das ist möglich. Ich kann dem Herrn Vorredner sogar mittheilen, ich habe meine Ansichten darüber gewechselt. Ich bin nie unbescheiden genug gewesen, mich mit dem heidnischen Gotte zu vergleichen, aus dessen Kopfe eine vollständige Minerva herausgesprungen sein soll. Weder ich, noch meine Mitarbeiter haben je die Präntension gehabt, daß die Sache, an der wir gemeinsam gearbeitet, eine fertige sei; Keiner von uns, meine ich, hat geglaubt, daß er sich auf einem ihm völlig bekannten Terrain befinde, Keiner wohl vermochte die Transportmittel, die zur Verwendung kommen würden, ja selbst nicht einmal das Ziel, das zu erreichen war, in vollständig abgeschlossener und konkreter Form zu übersehen. Es ist ja möglich, daß es Leute von dieser hohen Begabung giebt, daß es Leute gegeben hat, die mit dieser hohen Begabung ausgerüstet zu sein glaubten. Ich glaube wohl, daß 1848 zu Frankfurt, wo die Wölfe der Nation, die geschiedelsten und gelehrtesten Leute versammelt waren, jeder sein Ideal, wie die Sache werden müsse, vor sich hatte, aber wie die Summe der Hindernisse, die zu bewältigen, zu überwinden sei, das überließen sie Anderen. Ich besenne also, daß ich auf dem Gebiete der Ausbildung der Verfassung nicht als Schüler betrachte, daß ich dem Eindruck der Erfahrungen nicht unzugänglich bin und mich nicht wundere, wenn mich die Geschichte gelegentlich lehrt, daß ich mich geirrt, selbst in Fällen, wo ich meiner Sache ganz gewiß zu sein glaube. Doch habe ich mich in meiner Ansicht darüber, ob es möglich sei, Reichsministerien einzurichten, nicht geändert. Ich habe von Hause aus zugegeben, daß wir solche Institutionen brauchen. Man streitet freilich auch viel über die Bedeutung des Wortes. Mit welchen Attributen wollen Sie denn diese Einrichtung ausstatten? Wollen Sie bei der einheitlichen Verantwortlichkeit eines Premier-Ministers stehen bleiben oder ihm 3 oder 4 andere Minister gleichberechtigt zur Seite stellen, wie es in Preußen der Fall, wo der Ministerpräsident nur das geschäftsführende Mitglied unter Gleichberechtigten ist? Ich habe stets an der einheitlichen Verantwortlichkeit festgehalten und bin der Meinung, daß eine Verantwortlichkeit, die auf Leuten ruht, die mit Majoritäten und Minoritäten abstimmen, nicht faßlich ist. Ebenso wenig, wie sie für die Beschäftigungen des Reichstages ein einzelnes Mitglied verantwortlich machen können, können Sie dem Mitgliede eines kollegialen Ministeriums, das nach Stimmenmehrheit Beschlüsse faßt, allein Verantwortlichkeit aufbürden. Worin besteht denn überhaupt die Verantwortlichkeit? Doch nur in der richtigen Abbalancirung, ob Jemand schließlich noch dem Urtheil seiner Mitbürger — also zunächst der Volksvertretung — sich als Minister qualifizirt, und dann thut, was man von einem mit Ministerfähigkeiten ausgestatteten Manne verlangen kann, der sich nicht durch Parteilichkeiten irren führen läßt. Auch möchte ich Ihnen zu bedenken geben, ob wir so weit in Beziehung auf die fortschrittliche Entwicklung unserer Verfassung und deutschen Einheit gehen können, wie wir gekommen sind, wenn wir von Anfang an mehrere verantwortliche Minister in konfurrirender Stellung zu dem Bundesrathe und den Landesministern eingesetzt hätten. Bedenken Sie, daß im Bundesrathe 14 Stimmen genügen, um Verfassungsänderungen zu hindern. Ich mag nun durch Experimentiren den Werth dieser verfassungsmäßigen Bestimmung nicht auf die Probe stellen; Sie müssen bedenken, jede Maßregel wird zum Beleg der zentrifugalen Strebungen benutzt und ich muß gerade darin sehr vorsichtig sein. Ich halte es überhaupt für gefährlich, obwohl wir unseren deutschen Nationalcharakter ja immer unzertrennlich davon halten, daß wir fortwährend die Verfassung zu modifiziren streben, daß wir ihr nicht Zeit lassen, sich zu vervollständigen.

Halten Sie es meiner Beschäftigung mit der Landwirtschaft zu Gute, wenn ich sage, es macht mir die den Eindruck eines Gutsbesizers, der in jedem Jahre sein ganzes wirtschaftliches System immer wieder neu umformen will, anstatt stätig bei einem, wenn auch vielleicht nicht ganz praktischen Verfahren zu bleiben, und der damit sein Gut zu Grunde richtet. Ich will damit nicht sagen, daß eine bloße Erörterung vom Uebel sein kann, und ich bin weit entfernt, mit einem „noli me tangere“ alle Erörterungen dieser Art von mir abzuweisen; aber ich möchte empfehlen, daß man weniger siegesgewiß über Rechte hinweggeht, die durch die Verfassung verbürgt sind. Ich wenigstens werde, so lange ich Reichskanzler bin, als meine erste Pflicht ansehen, genau die Verfassung aufrecht zu halten, auch den kleineren weniger mächtigen Staaten gegenüber. Ich muß in Bezug auf die Verfassung etwas an den bekannten Ausdruck des Herzogs von Wellington erinnern. Der Herr Vorredner sagt, es geht so nicht weiter. Jener Herzog gab nun einen Befehl, den ein Untergebener mit den Worten, es ist nicht möglich, zurückwies. Der Herzog sagte, es muß möglich sein, denn es steht in der Verfassung. So möchte ich sagen: es ist nicht möglich. Denn die Theile der Verfassung sind alle durch den hindurch gehenden Geist innig verbunden, und Sie rütteln an diesen Theilen, wenn Sie die Frage so zum Antrag bringen wollen. Die Theorie in der Verfassung, soweit sie mir einleuchtet — ich kann mich ja auch irren, ist nicht so geteilt, wie die Praxis. Wenn das etwaige Reichsministerium, wie es der Vorredner vorkürzte, im Bundesrathe Sitz und Stimme haben soll, so kann es doch überstimmt werden, eben so wie z. B. Preußen sehr oft dieses Schicksal erleiden muß. Von diesen Reichsministerien würde nun der wichtigste Theil das auswärtige Ministerium sein, das wird wahrscheinlich das sein, den der Kanzler zunächst steht. Der Präsident des Reichskanzleramts, der ja sowie es heute liegt, das Finanz- und Handelsministerium vertritt, wird in Zukunft allerdings in eine Trennung willigen müssen. Der anonyme Name Reichskanzleramt ist eben nur hervorgegangen aus einer Aneignung gegen die Verantwortlichkeit. Und deshalb ist es vielleicht besser, wenn wir für jetzt die gravitirende Gewalt auf die Persönlichkeit und nicht auf die Majorität wägen. (Sehr richtig rechts.) Nehmen Sie an, daß neben dem Handelsminister der Präsident der Handelsämter, so kann ich ja gleich die Infongruenz berühren, wenn ich Sie an das preussische Handelsministerium erinnere. Aber ich fürchte, meine Herren, ich mißbrauche ihre Zeit und möchte mich daher beschränken (Widerpruch). Ich bin der Meinung, daß das Handelsministerium in Preußen an und für sich infongruent zusammengefaßt ist. Ich halte es für ganz unzweckmäßig, daß ein Minister Bergbau, Handel und Verkehr unter seiner Leitung hat. Letzteres müßte schon ohnehin mit dem auswärtigen Amte vereinigt sein. Ebenso ist es mit dem preussischen Finanzministerium. Ich glaube, daß auch dieses einer Theilung bedarf in die eigentliche Finanzpartie und in die Partie der Steuererhebung. Meines Erachtens sollte Steueranlegung nicht ein wesentliches Attribut des Finanzministers sein, deshalb glaube ich, daß das Finanzministerium in eine budgetverwaltende und steuerausübende getrennt werden muß. Es wäre überhaupt kein Unglück, wenn wir in Preußen mehr Minister haben. Ach sind nach meiner Meinung zu wenig. Ferner wäre es meiner Ansicht, daß das preussische Staatseigenthum, die Domänen, Fabriken u. s. w. aus der eigentlicher

Steuer- und Finanzgesetzgebung ausgeschlossen werden müßten, und daß dieses Gebiet in ein näheres Verhältnis zu dem Reichs-Finanzminister zu treten hätte. Ich habe also nichts gegen eine Sonderung der Finanzverwaltung. Ganz ebenso verhält es sich mit der Justizverwaltung. Wir haben in Preußen früher sogar zwei Minister für diesen Theil der Verwaltung gehabt, einen für die Gesetzgebung, den andern für die Verwaltung. Also auch dort könnte ein Reichs-Justizminister und ein preussischer in einem sehr nahen Verhältnisse zu einander stehen, sie könnten unter Umständen in denselben Ministerzimmer sitzen. Das ist etwas Erreichbares, ein Bild von dem, was eintreten wird wahrscheinlich zum Wohle des deutschen Reiches, während diese losgerissenen Ministerien ohne Macht und Einfluß da stehen würden, weil sie zu überflüssig wären (Heiterkeit.) Ich möchte nun wünschen, daß die öffentliche Meinung nicht etwa in den Irrthum verfiere, daß ich diese Stützen mehr in Form einer Kritik, als in der Form dessen gegeben habe, was ich erstrebe und für erstrebenswürdig halte. Ich bin von nichts anderem befehle, als unser vorliegendes Budget möglichst unberührt so bald als möglich fertig zu bekommen (Große Heiterkeit), nicht davon in der Diskussion dasjenige vorweg zu nehmen, was uns die Zukunft vermag. Ich glaube, ein Rückblick auf die Vergangenheit wird zeigen, daß die junge deutsche Einheit in 10 Jahren und besonders in den letzten Jahren in ihrem Wachstum so große Fortschritte gemacht hat, auf die wir früher nicht gehofft haben. Wollen wir schneller dahin kommen, wohin wir streben, so ist nichts wünschenswerther, als das Zusammenhalten des Reichstages mit der Regierung, aber auch das Zusammenhalten des Reichstages in sich selbst. Auch in ihm muß stets das Interesse für das Ganze dominiren sein. Und wenn dieser geschlossene Reichstag mit den verbundenen Regierungen einig ist und die Führung vorwärts geht, ich glaube, meine Herren, dann können wir zu einem Ziele gelangen, wie es schöner nicht gedacht werden kann. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Dr. L a s t e r ist der Ansicht, daß, wenn ein Gegenstand hier verfassungsmäßig erörtert würde, der Herr Reichskanzler immer als Sieger aus der Debatte hervorgehe. Redner erörtert die Frage der verantwortlichen Reichsministerien und meint, daß ihm ein Reichsministerium, wie es jetzt aus den Herren Hofmann und v. Bülow, die man mit Ministerititeln geschmückt habe, aus einigen Herren, denen man das Prädikat „Excellenz“ verliehen und aus dem Reichskanzler an der Spitze bestche, nicht genügen könne. Der Kopf wäre etwas zu groß und die übrigen Glieder zu klein. (Heiterkeit.) Die Herren unter dem Reichskanzler nehmen etwas zu subalterne Stellungen ein. Redner wirft die Frage auf, wie diesen Uebelständen abzuhelfen sei und erwähnt alsdann, daß die eine Antwort des Herrn Reichskanzleramtspräsidenten in der heutigen die Interpellation Kommissionsber. Bedatte eine gänzlich verfehlte Form gehabt habe. Er hätte wohl gewünscht, daß der Herr Reichskanzler am Anfang gesehen wäre; derselbe würde sich dann den Ton erklären, in welchem die Debatte geführt worden sei, und der ihm aus dem Leben nicht verständlich sein werde. Würde hier eine Zensur ausgeübt, so träge sie immer unmittelbar dem Herrn Reichskanzler; außerdem aber sei man, wenn derartige Beantwortungen hier erfolgten, im Hause immer zweifelhaft, ob diese Antworten aus dem Kopfe der Person kämen, die sie giebt, oder ob sie aus dem Herrn Reichskanzler hervorgingen. Redner behauptet nun, daß die Regierung eines so mächtigen Reiches wie Deutschland nicht unter der Verantwortlichkeit eines einzigen Mannes stehen könne; er und seine Freunde dächten an die Herbeischaffung eines politischen Kopfes, der dem Reichskanzler wirklich zur Seite stehe. Vom Herrn Reichskanzler sei gesagt worden, daß es im Reiche keine thatsächlichen Departements für die einzelnen Minister gäbe; dann müße er erwidern, dabei an eine Aneignung des Fürsten Bismarck selbst anknüpfend, daß der preussische Handelsminister recht gut Reichshandelsminister sein könne, ebenso wäre die Möglichkeit vorhanden, daß der preussische Finanzminister auch als eventueller Präsident des Reichskanzleramts deutscher Reichs-Finanzminister sein könne. Der Reichskanzler habe auf die Schwierigkeiten der Verfassung aufmerksam gemacht; es wäre ja ganz richtig, daß ohne den kräftigen Willen des Reichskanzlers eine Abänderung hier nicht herbeigeführt werden könne. Das deutsche Volk wolle jedenfalls eine vollgültige Verfassung des deutschen Reiches, es könne sich mit geschriebenen Paragraphen nicht genügen lassen. Es müße aber hier an eine Abänderung gedacht werden, man habe ihm und seine Partei mit der Verantwortlichkeit für alle Regierungsgeschäfte und parlamentarischen Vorkommnisse belastet und daraus sogar bei den Wahlen Kapital geschlagen. Das solle ihn aber doch nicht hindern, dem Herrn Reichskanzler zu sagen, daß ihn nicht theoretische Geslisse oder dergleichen veranlassen, seine Forderungen zu stellen, daß er aber bestimmt glaube, es lasse sich ein befriedigendes Verhältnis für Deutschland in dieser Beziehung nur herstellen, wenn man den hier vorgebrachten Rathschlägen Gehör schenke.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Von der Leistungsfähigkeit der Mitglieder, speziell davon, daß der Herr Vorredner ein leistungsfähiger Arbeiter sei, bin ich überzeugt, habe ich doch die Beweise dafür in den Schwierigkeiten, die er mir in meiner Stellung manchmal bereitet. Das ist eben das Aufstreben meiner Stellung, dieses Gefühl der Verantwortlichkeit für das Wohl und Wehe, nicht bloß seiner eigenen Person und Stellung, sondern auch der Gesamtheit der Mitbürger und das Bewußtsein, so manchmal verbunden zu werden an feindsüchtiger Arbeit, bald durch Mißverständnis, bald durch Unverständnis, das heißt nicht hier im Hause (Heiterkeit) ich meine in der Presse, in Leitartikeln. Das ist es aber eigentlich nicht, was mich veranlaßt hat, um das Wort zu bitten. Der Vorredner fürchtet einen Rückgang, wenn wir uns nicht mit unseren laufenden Arbeiten allein beschäftigen; ich glaube, daß gerade die große Hast und die Unruhe bei unseren Arbeiten den Rückgang herbeiführt. Dann sind eine Masse Hindernisse da, die nicht zu sein brauchen. Wenn der Herr Vorredner gemeint hat, daß die Ressorts sich mir gegenüber keinen eigenen Willen haben, so hat er ja schon selbst angedeutet, daß es unmöglich ist, den Willen der Minister in allen Details zu beherrschen und es ist mir in der That unmöglich. Denn wenn die Herren ihren eigenen Willen ausüben wollen, haben Sie dazu dasselbe Recht, wie die preussischen Minister. Sie brauchen nicht zu thun, was der Reichskanzler ihnen befiehlt. Sie können sagen, das ist gegen meine Verantwortung und ich gebe mein Amt ab. In Preußen sieht dem einzelnen Minister das gesammte Staatsministerium gegenüber; wenn er überstimmt wird muß er sich der Majorität fügen. Dieselbe Stellung haben die Minister im Reiche, nur mit dem Unterschiede, daß dem einen der Reichskanzler, dem anderen das Kollegium gegenübersteht. Wenn nach der Theorie des Vorredners der preussische Minister Camphausen zugleich Präsident des Reichskanzleramts würde, so würde ich mit ihm nicht mehr über die einzelnen Fragen diskutieren, wie gegenwärtig mit Herrn Minister Hofmann. Es steht einem solchen Umstande nichts weiter im Wege, als der Umstand, daß ein solcher Geschäftsgang von einem einzigen Minister nicht zu übersehen ist. Der Hauptirrtum des Vorredners ist der, daß er annimmt, der preussische Finanzminister würde jetzt nicht gefragt. Derselbe ist Mitglied des Bundesraths und hat wesentlichen Einfluß auf die Beschlüsse. Wie kann ich als Reichskanzler irgend ein Substrat zur Beschlußfassung einbringen, wenn ich nicht sicher bin, daß ich die preussischen Stimmen für mich habe. Ich kann nicht vor verammeltem Kriegsvolk (Heiterkeit) im Bundesrathe mit dem preussischen Finanzminister meine Meinung austauschen. Ich werde nie ein Budget einbringen können, für das ich nicht preussischen Stimmen gewonnen habe. Die Ressorts des Reiches sind der Reichsvertretung gegenüber für alle ihre Maßnahmen verantwortlich, sofern sie nicht durch bestimmte reichskanzlerliche Verfügung gedeckt sind; und ist eine solche Verfügung vorhanden dann können Sie sagen: Heraus mit dem Reichskanzler, damit er sich verantworten. Wenn sie den Geschäftsgang, wie er ist, einigermaßen praktisch kennen gelernt hätten, dann würde nicht von Jemandem, den ich mir zur Ehre schätze, im Durchschnitt als meinen politischen Freund ansehen zu können, eine solche Ansicht ausgesprochen werden, wie sie vom Herrn Vorredner

Gewinn-Liste der 4. Klasse 155. k. preuß. Klassen-Lotterie

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Table with multiple columns of lottery numbers and their corresponding prizes. Includes sub-headers like 'Berlin, 13. März' and 'Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:'.

88 131 67 84 93 265 88 359 435 52 75 530 76 663 708 9 (300)

Table of lottery numbers and prizes, continuing from the previous section.

Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 13. März. Spekulationspapiere (schwach) und unbelebt. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204.60. Pariser Wechsel 81.42. Wiener Wechsel 164.35. Böhmische Westbahn 140. Elisabethbahn 108.5. Salsitzer 172.5. Franzosen 186. Lombarden 66. Nordwestbahn 92. Silberrente 55.5. Papierrente 51. Russische Bodenrente 79. Russen 1872 84. Amerikaner 1885 101.5. 1860er Loose 98. 1864er Loose 251.20. Kreditaktien 122.5. Oester. Nationalbank 676.00. Darmst. Bank 96. Berliner Banker 92.5. Frankf. Wechselbank. Oester. deutsche Bank. Meiningen Bank 74. Hess. Ludwigsbahn 90. Oberhessen. Ung. Staatsloose 136.00. Ung. Schatzanw. alt 83.5. do. do. neue 80. do. Oest.-Ung. II. 56.5. Centr.-Pacific 98.5. Reichsbank 158.5. Goldrente 61. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 122.5, Franzosen 187.5, 1860er Loose —, Lombarden —, Reichsbank —, Salsitzer —. *) per medio resp. per ultimo. Aberts [Effekten-Societät.] Kreditaktien 123, Franzosen 187.5, 1860er Loose 98, Silberrente —, Papierrente —, Goldrente 61.5, Salsitzer 173, Reichsbank 158.5, Nationalbank —, Lombarden —, Fest. Nach dem Beschluß der Effekten-Societät werden die Lokaltitäten für den Privatverkehr vom 29. März d. J. bis zum 15. Oktober d. J. geschlossen bleiben. Wien, 13. März. Leblo. Renten und Bahnen eher matter Devisen angeboten. [Schlußcourse.] Papierrente 62, 90. Silberrente 67, 90. 1854er Loose 106, 00. Nationalbank 828, 00. Nordbahn 1801, 00. Kreditaktien 148, 90. Franzosen 228, 00. Salsitzer 210, 50. Kaiser-Oberberg 84, 50. Pardubitzer —, —, Nordwestb. 113, 75. Nordwestb. Lit. B. —, London 124, 15. Hamburg 60, 45. Paris 49, 25. Frankfurt 60, 45. Amsterdam 102, 75. Böhm. Westbahn —, —, Kreditloose 164, 25. 1860er Loose 109, 00. Lomb. Eisenb. 81, 50. 1864er Loose 132, 00. Unionbank 51, 00. Anglo-Austr. 71, 50. Napoleons 9, 89.5. Dufaten 5, 86. Silbercoup. 112, 70. Elisabethbahn 132, 50. Ung. Prämienanl. 71, 80. Marknoten 60, 80. Türkische Loose 17, 25. Goldrente 74, 40. Nachbörse: Fester. Kreditaktien 148, 90. Franzosen 228, 00, Lombarden 81, 25, Salsitzer 210, 50, Anglo-Austr. 71, 25, Papierrente 62, 95, Nationalbank —, —, Goldrente —, —, Marknoten —, —, Napoleons 0, 00. Wien, 13. März. Offizielle Notirungen: Silbercoup. 112, 50, 1864er Loose —, —, Kreditloose —, —, 1854er Loose —, —, London —, —, Paris 49, 25, Hamburg —, —, Franzosen —, —, Nordwestbahn —, —, Dufaten —, —, Nationalbank 826, 00. Wien, 13. März. Abendbörse. Kreditaktien 149, 20, Franzosen 227, 50, Lombarden 81, 2, Salsitzer 210, 50, Anglo-Austr. 71, 25, Silberrente —, —, Papierrente 62, 95, Goldrente 74, 50, Marknoten 60, 80, Nationalbank —, —, Napoleons 9, 89.5. Bismarck fest, aber still. Paris, 13. März. Sehr fest und belebt. [Schlußcourse.] 3p Ct. Rente 73, 72.5, Anleihe de 1872 107, 32.5. Italienische 5proz. Rente 72, 75, do. Tabakaktien —, —, do. Tabakobligationen —, —, Franzosen 465, 00. Lombard. Eisenbahn-Akt. 173, 50, do. Prioritäten 236, 00, Türken de 1865 12, 17.5. do. de 1869 64, 00, Türkenloose 35, 50. Credit mobilier 148, Spanier extér. 11.5, do. intér. 10.5, Suezkanal-Aktien 685, Banque ottomane 377, Societe generale 493. Credit foncier 600, neue Egypter 178. Oester. Goldrente 62, 20 Wechsel auf London 25, 14. Paris, 13. März. Abends. Boulevard-Verkehr. 3proz. Rente 73, 60, Anleihe de 1872 107, 05, Türken de 1865 —, —, Egypter —, —, Banque ottomane —, —, Italiener —, —, chemins Egypt. —, —, Rubik. Die neue Anleihe der Stadt Marseille im Betrage von 80 Mill. Fr. welche durch den „Credit Foncier“ emittirt wird, ist hier bis jetzt 62 Mal gezeichnet worden. London, 13. März. Fest. — Konsols 96.5. Italienische 5proz. Rente 72.5, Lombarden 6.5, 3 Prozent Lombarden-Prioritäten alte 9.5, 3 Prozent Lombarden-Prioritäten neue 9.5, 5proz. Russen de 1871 81.5, do. do 1872 83.5, do. 1873 83.5, Silber 55.5, Türken-Anleihe de 1865 12.5, 5proz. Türken de 1869 13.5, 5proz. Beremial St. pr. 1885 106.5, do 5proz. fund. 107.5, Oester. Silberrente 55, Oester. Papierrent. 52, 6proz. ungar. Schatzbonds 83, 6proz. ungar. Schatzbonds II Emis. 79, 6proz. Peruaner 18 Spanier 11.5. Flagdistont 1.5 p Ct. Aus der Bank flossen heute 10,000 Pfd. Sterling. Wechselnotirungen: Berlin 20,58, Hamburg 3 Monat 20,58, Frankfurt a. M. 20,58, Wien 12,63, Paris 25,33, Petersburg 29.5. Newyork, 12. März. [Schlußcourse.] Höchste Notirung des Goldagio 4.5, niedrigste 4.5, Wechsel auf London in Gold 4.5, D. 84.5 C. Goldagio 4.5, 1/2 Bonds per 1887 111.5, Erie-Bahn 7.5, Central-Pacific 105.5, Newyork Centralbahn 96. Verdunten-Course. Hamburg, 13. März. (Getreidemarkt.) Weizen loco und auf Termine still. — Roggen loco und auf Termine rubig. Weizen pr. April-Mai 217 Br., 216 Gd., pr. Juni-Juli pr. 1000 Kilo 222 Br., 221 Gd., Roggen pr. April-Mai 156 Br., 155 Gd., pr. Juni-Juli pr. 1000 Kilo 159 Br., 158 Gd., Safer rubig, Gerste matt. Rubik matt, loco 68 pr. Mai pr. 200 Pfund 67, Spiritus rub., pr. März 45, April-Mai 44, pr. Mai-Juni 44, pr. Juli-August pr. 1000 Liter 100 p Ct. 45.5. Kaffee fest, Umfab 3000 Sack. — Petroleum beh., Standard white loco 14, 00 Br., 13, 00 Gd., pr. März 13, 75 Br., pr. August-Dezember 15, 00 Gd. — Thaumetter. Bremen, 13. März. Petroleum. (Schlußbericht.) — Standard white loco 14, 00 Br., per März 14, 00, pr. April 14, 00, pr. Mai 14, 00, pr. August-Dezember 15, 25 bez.

haben. Ich muß einfach ein für allemal feststellen, ich mich bei jeder Vorlage, die ich einbringe, vorher der Zustimmung des preussischen Ministeriums versichere. Denn könnte ja sonst der Fall eintreten, daß ich gezwungen werde, gegen das zu stimmen, was ich selbst eingebracht habe.

Abg. Dr. Bessler nimmt einer Aeußerung des Herrn Reichskanzlers gegenüber die Männer des Parlaments von 1849 in Schutz ist in der diskutirten Frage der Ansicht, daß die preussischen Minister mit den deutschen Reichsministern identisch sein müßten. Reichskanzler Fürst Bismarck antwortet, daß der Herr Bessler ihn mißverstanden haben müsse; er habe stets die größte Hochachtung vor den Parlamenten gehabt. Abg. v. Kleist-Netow nimmt den Herrn Präsidenten des Reichskanzleramts gegen die Aeußerungen des Abg. Dr. Lasker in Schutz, tabelt weiter die Schnelligkeit der Gesetzgebung und die Ueberhäufung mit neuen Gesetzen und meint, daß man doch davor zu warnen solle, jetzt schon die vor kaum 5 oder 10 Jahren gegebenen Gesetze wieder umzustossen. Nach Schluß der Diskussion und einer persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. Lasker, der sich gegen mißverständnisse Auffassung seiner Rede sowohl durch den Reichskanzler Fürst Bismarck als auch durch den Abg. v. Kleist-Netow verwahrt, wird der Titel 1, Gehalt des Reichskanzlers, angenommen. Zu Titel 2, Reichskanzler-Amts-Präsident und Unterstaatssekretäre, wird überhört. Abg. Freiherr v. Frankestein der diesmaligen Mehrforderung und beantragt befondere Abstimmung. In derselben wird Artikel 2 nach der Bundesrathsvorlage unverändert angenommen, ebenso ohne Debatte die folgenden Titel des Gesetzes Nummer 2. Zu Titel 7 des Kapitels 2 liegt vor der Antrag des Abg. von Schmolow: Der Reichstag wolle beschließen, unter den Ausgaben für gemeinnützigen Zwecken am Schlusse als Nr. 8 in den Etat aufzunehmen: Zur Förderung der künstlichen Fischzucht 10,000 Mark. Nach Begründung dieses Antrags durch den Antragsteller und einer längeren Debatte, an welcher sich der Reichskanzleramts-Präsident Hofmann und die Abg. Dr. Lasker, v. Kleist-Netow, v. Schorlemer-Nist, Richter, Richter (Hagen) und v. Benda betheiligen, wird der Antrag der Budgetkommission zur Abstimmung überhört. Titel 9, betreffend Rayon-Entschädigungs-Renten, wird auf Antrag des Abg. Richter (Hagen) der Budgetkommission überhört. Es folgt dann Kapitel 3: Reichskommissariate. Zu Titel 1, betreffend die Ausgaben für Kontrolle der Zölle und Verbrauchssteuern, fragt Abg. Gumbrecht die Vertreter der Regierung, warum die hier in Betracht kommenden Kontrollbeamten nicht wie fest angestellte Reichsbeamte behandelt würden, wie es dem Sinne der Verfassung entsprechen müßte. Regierungskommissar Geh. Rath Dr. Michaelis geht zunächst auf eine kurze Schilderung dieses Beamtenfonds ein. Im Zollverein werden zu diesen Kontrollbeamten gewöhnliche Verwaltungs-Beamte verwendet, mit dem Zwecke, außer berufsmäßiger Grenzbeobachtung gegenständig bekannt zu machen und sich vorzubereiten für den in den Steuerdienst. Wenn man nun diese neuen kommissarisch beauftragten Beamten zu fest angestellten Reichsbeamten machte, so würde man eine Beamtenkategorie schaffen, der eine große Einseitigkeit ihrer Lebensfähigkeit alle Arbeitsfrische bald rauben würde. In jeder dieser bei dem alten Primäze stehen geblieben, ohne jedoch mit jeder Reform definitiv zurückzuweisen zu wollen. Abg. Gumbrecht erklärt, daß er in dritter Beratung einen Antrag zu diesem Titel bringen werde, wenn ihm nicht die Versicherung ginge, daß bis zum nächsten Etat an eine Reform herangegangen werde. Nachdem sodan die Titel 1—9 unverändert genehmigt sind, wird die Sitzung vertagt. Nächste Sitzung: Morgen 11 Uhr. Tagesordnung: Antrag des Abg. Richter (Hagen) betreffend die Nachweisungen über die französischen Entschädigungen. 2. Etat-Verathung (Fortsetzung des Reichskanzler-Amtes; Bundesrath; Auswärtiges Amt; Reichs-Justizverwaltung; Reichs-Eisenbahn-Amt; Reichsheer; Wechsel-Stempel-Gesetz). Schluß 4 1/2 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen. Das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 13. März. Das Abgeordnetenhaus hat die Regierungsvorlagen betreffend den Ankauf der Braunau-Strawinskener Eisenbahn durch den Staat und betreffend die Gewährung eines Staatszuschusses von einer Million Gulden an die Prag-Duxer Eisenbahn von den Anträgen des Ausschusses angenommen, nachdem der Handelsminister die Annahme derselben befrwortet hatte. Bukarest, 13. März. Die Deputirtenkammer hat das Generalbudget pro 1877 angenommen und der Fürst dasselbe sanctionirt. Das Budget schließt in den Einnahmen mit 81 Millionen und in den Ausgaben mit 87 Millionen Franks ab. Malta, 12. März. Prinz Karl und Prinzessin Elisabeth von Sachsen sind, von Catania und Syrakus kommend, mit der königlich sächsischen Dampfschiff „Messaggiere“ zu dreitägigem Aufenthalte in Malta angekommen. Konstantinopel, 12. März. In den gestern und heute stattgehabten Sitzungen des Ministerrathes wurde über die Forderungen der montenegrinischen Delegirten verhandelt. Die Minister erklärten, daß schon früher, in die Abtretung des Distriktes von Niksic und in die der albanischen Gebietsstheile auf dem rechten Ufer der Moracza nicht willigen zu können. Die sächsischen Agenten in Konstantinopel zu verbleiben. — Die Eröffnung des Parlamentes ist durch offizielle Anzeige auf Montag versetzt worden. Die Deputirten aus den tieferen Provinzen ein rechtzeitiges Eintreffen zu ermöglichen. Konstantinopel, 13. März. Die Ernennung Khalil Sherif zum Botschafter in Paris wird nunmehr offiziell gemeldet. Es heißt, würde Namik Pascha zum Präsidenten des Senats ernannt werden. — Die hauptsächlichsten türkischen Journale fahren die Gebietsabtretung der Pforte an Montenegro zu bekämpfen. Die Beschäftigten der Großmächte, insbesondere derjenige der englischen Regierung, sind bemüht, zwischen der Pforte und den montenegrinischen Delegirten ein Einvernehmen herzustellen. London, 13. März. Wie das „Neuter'sche Bureau“ meldet, ist der Beschluß zwischen Secoceni und der Transvaalrepublik, unter Bedingung der Anerkennung der Souveränität der letzteren, durch Zahlung einer Kriegsschuldigung seitens Secocenis erfolgt. Washington, 13. März. Die Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern bereiten Gesetzentwürfe vor betreffend die Reorganisation ihrer Departements. — Die demokratische Legislatur von Louisiana hat in einer Resolution beschlossen, die von dem Gouverneur Hayes in seiner Inaugurationsrede dargelegte Politik zu unterstützen. — Der Senator Cameron hat seine Entlassung ge-

Produkten-Börse.

Berlin, 13. März. Wind: NW. Barometer: 28,0 - Thermometer - 2 R. Witterung: Nach Schneefall Thaumetter.

bez., per Juli-August 56,9-56,7 bez., per August-Sept. 57,7-57,3 bez. - Rats per 1000 Kilo...

Stettin, 13. März. (Amtlicher Bericht.) Thaumetter. + 2 Grad R., Nachts Schneefall. Barom. 27,7. Wind: Südwest.

55,2 M. bez., per Juli-August 56,3-56,2 M. bez., per August-Sept. 56,7 M. bez. - Angemeldet: Nichts - Regulierungspreis für...

Die Börse-Kommission.

Meteorologische Beobachtungen zu Wofen.

Table with columns: Datum, Stunde, Barometer 300 über der Höhe, Therm., Wind, Wolkenform.

Berlin, 13. März. Die Meldungen von außerhalb brachten fast gar keine Anregung; von allen Seiten beredete man über Geschäfts-Unlust...

besürchtungen hätten einen stärkeren Coursdruck erwarten lassen. Vor allem drückte die außerordentlich große Geschäftsstille, welche auf vielen Gebieten fast gar keine Umsätze zu Stande kommen ließ.

papiere ohne Bewegung. Auch in der zweiten Stunde blieb der Verkehr schleppend. Per ultimo notiren wir Franzosen 374,50-350 bis 4,50...

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 12. März 1877.

Preussische Fonds und Geld-Course.

Table listing various bonds and currencies with columns for title, quantity, and price.

Table listing foreign bonds (Ausländische Fonds) with columns for title, quantity, and price.

Table listing various stocks (Aktien) with columns for title, quantity, and price.

Table listing exchange rates (Wechsel-Course) for various locations like London, Paris, etc.

Table listing industrial stocks (Industrie-Aktien) for companies like Brauerer Pagenhofer, etc.

Table listing bank and credit stocks (Bank- und Credit-Aktien) for banks like Badische Bank, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Centralbank, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.

Table listing various stocks (Aktien) including Aktien der Eisenbahn, etc.